

Zivilgesellschaft und Demokratie: Drei Modelle zivilgesellschaftlicher Einbettung

Annette Zimmer



Annette Zimmer

Zusammenfassung

Demokratietheorie als wichtiges Anliegen der Politikwissenschaft steht derzeit ebenso ganz oben auf der sozialwissenschaftlichen Agenda wie das Interesse an bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft. Allerdings finden die Diskurse zu Demokratietheorie und Zivilgesellschaft getrennt voneinander statt. An dieser Stelle setzt der folgende Beitrag an, der auf den Stand der Demokratieforschung und die Zivilgesellschaftsdebatte eingeht. Vor diesem Hintergrund werden unterschiedliche Modelle der Einbettung zivilgesellschaftlicher Organisationen vorgestellt und hinterfragt: Welches Modell – liberales, sozialdemokratisches oder subsidiäres – ist am besten aufgestellt?

1. Zivilgesellschaft und Bürgerschaftliches Engagement

Bei der Zivilgesellschaft und ihren Organisationen handelt es sich um eine Wiederentdeckung. Bis in die 1980er Jahre spielte der Ansatz für die Demokratietheorie kaum eine Rolle. Dies änderte sich nachhaltig als der Begriff „Zivilgesellschaft“ in Dissidentenkreisen Ostmitteleuropas an Attraktivität gewann. Zivilgesellschaft wurde zum Ausdruck einer gesellschaftlichen Kraft „von unten“, die gegen die „herrschenden Verhältnisse“ in Staat und Gesellschaft Position bezieht. Üblich ist diese Begriffsverwendung in den Medien nach wie vor, und zwar wenn in autoritären Regimen und „defekten Demokratien“ von Oppositionsgruppen Demokratisierung eingefordert wird. Heute wird nicht mehr auf eine enge Verbindung zwischen Zivilgesellschaft und (neuen) sozialen Bewegungen Bezug genommen (Cohen/Arato 1997; Habermas 1992). Gleichwohl ist es ein Verdienst dieser Perspektive, „Zivilgesellschaft“ als Thema der Politischen Philosophie re-etabliert und für die Demokratietheorie wiederentdeckt zu haben (vgl. Klein 2001).

Der Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft“ am Wissenschaftszentrum Berlin ist es dagegen zu verdanken, das Konzept auch für die empirische Demokratieforschung nutzbar gemacht zu haben (Kocka 2002). Differenziert wird zwischen unterschiedlichen Bedeutungsinhalten bzw. Dimensionen des Konzeptes, und

zwar Zivilgesellschaft: als politisches Programm und konkrete Utopie, als normative Kategorie und Form sozialen Handelns und als deskriptiv-empirischer Zugang vergleichender Gesellschaftsanalyse.

Zivilgesellschaft als
konkrete Utopie

Als konkrete Utopie ist Zivilgesellschaft Bestandteil normativer Demokratietheorie oder insofern „Teil eines umfassenden Entwurfs oder Projektes, das von der Aufklärung bis heute uneingelöste Züge enthält“ (Kocka 2003, S. 33). Danach steht Zivilgesellschaft für ein Mehr an Demokratie im Sinne eines Zugewinns an Partizipation sowie für eine kritische Haltung gegenüber dem Status-quo: Zivilgesellschaft als ein in die Zukunft gerichtetes Programm mit der Zielsetzung der Verbesserung und Vertiefung von Demokratie. Der normative Grundzug ist unverkennbar.

Zivilgesellschaft als
spezifische Form
sozialen Handelns

Dies gilt auch für die zweite Dimension: Zivilgesellschaft als spezifische Form sozialen Handelns. Bezug genommen wird hierbei auf den zivilen Umgang miteinander, einer friedlichen Konfliktlösung unter Akzeptanz des Anderen als gleichberechtigtem Gegenüber. Zivilgesellschaft als spezifische Form sozialen Handelns weist zumindest implizit Bezüge zu Ansätzen deliberativer Demokratietheorie auf: Deliberation als Alternative gegenüber Formen der Interessensdurchsetzung und Politikgestaltung mittels Majorität oder gar Gewalt (vgl. Rucht 2001).

Zivilgesellschaft als
Bereich oder Raum
zwischen Staat,
Wirtschaft und
Privatsphäre

Die dritte Dimension ist akteurszentriert und nimmt Bezug auf die empirische Ausprägung von Zivilgesellschaft, und zwar als „Bereich oder Raum, der in modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre zu lokalisieren ist“ (Kocka 2002, S. 17). Der Fokus liegt hierbei auf zivilgesellschaftlichen Organisationen als Ausdruck gesellschaftlicher Selbstorganisation. Der Nexus zur empirischen Demokratieforschung wird hier besonders deutlich. Allerdings ist Zivilgesellschaft als empirische Kategorie in hohem Maße kontextabhängig. Die Akteure der Zivilgesellschaft – Vereine, Zirkel, Stiftungen und Bewegungen – sind eingebettet in soziale, ökonomische und politische Rahmenbedingungen. Zivilgesellschaft als organisationenbezogener deskriptiv-empirischer Zugang hat daher das Spannungsverhältnis zwischen Struktur und Akteur stets mit zu berücksichtigen.

2. Modelle der Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen

Als Ergebnis vergleichender Untersuchungen der Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in nationalstaatliche Kontexte lassen sich mindestens drei Strukturmuster oder Modelle unterscheiden. Dieses Ergebnis basiert auf einer Reihe empirischer Projekte der Analyse von Funktion, Leistungsbilanz und Aufgabenzuweisung zivilgesellschaftlicher Organisationen in unterschiedlichen Kontexten, Ländern und auf der Europäischen Ebene.¹

In der Tradition von Marc Granovetter (1985) und in Anlehnung an Esping-Andersen (1990) lassen sich die identifizierten Strukturmuster der Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen als „liberales“, „sozialdemokratisches“ sowie „subsidiäres Modell“ charakterisieren. Jedes der Modelle ist eine Ent-

wicklung der Moderne, wobei das „liberale Modell“ über die längste Tradition verfügt und bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden ist, während vor allem das „subsidiäre Modell“ sich erst nach 1945 voll entfaltet hat.

Abbildung 1: Modelle der Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen

Modell	Liberales	Sozialdemokratisches	Subsidiäres
Bedeutung auf der Input-Seite	Hoch Voice Lobbying	Hoch Voice	Niedrig inkorporiert
Bedeutung auf der Output-Seite	Hoch marktförmig eingebunden	Niedrig kaum Leistungs- erstellung	Hoch in den Sozialstaat inkorporiert
Verbreitung	Angelsächsische Länder	Skandinavien	Zentral-/Südeuropa
Nähe zu Demokratie- theorie	Protective democracy Pluralismus	Developmental democracy Soziale Demokratie	Konsensdemokratie Korporatismus

2.1 Das liberale Modell

Das liberale Modell basiert auf einer vergleichsweise strikten Trennung der Bereiche Staat/Verwaltung einerseits und der Sphäre der zivilgesellschaftlichen Organisationen andererseits. Zivilgesellschaft gilt als eigenständiger gesellschaftlicher Bereich, abgegrenzt von familiären Strukturen sowie dem Staat. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden, war das sog. liberale Bürgertum und seine Organisationen Träger dieses Modells (Kocka 2008). In diesem Modell kommen der Zivilgesellschaft wichtige Kontrollfunktionen gegenüber Staat und Verwaltung zu. Die Voice-Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen ist ausgeprägt. Diese Funktionszuschreibung wird unterfüttert durch ein „gesundes“ Misstrauen der Bürger und Bürgerinnen gegenüber Staat und Verwaltung. Wenn es um die Überwindung von Problemen und Schwierigkeiten geht, wendet man sich nicht in erster Instanz an Staat und Verwaltung, sondern vertraut eher der Problemlösungskompetenz der Zivilgesellschaft. In Ländern, in denen das Verhältnis Staat – Zivilgesellschaft nach dem „liberalen Modell“ gestaltet ist, ist sowohl die Bereitschaft, zu spenden als auch sich ehrenamtlich zu engagieren vergleichsweise hoch. Mit anderen Worten: Bürgerschaftliches Engagement steht hoch im Kurs und gilt als Bürgerpflicht und Bürgertugend. Wenn zivilgesellschaftliche Organisationen im liberalen Modell an der Implementation von Politik beteiligt und als Dienstleister tätig sind, erfolgt dies unter Markt- und Konkurrenzbedingungen. Die Kooperation Staat – Zivilgesellschaft basiert hier auf Vertragsbeziehungen bzw. Kontrakten. Die Organisationen zeichnen sich zudem durch Professionalität aus. Es sind effizient geführte Unternehmungen, die sich in ihrem Selbstverständnis von privat-kommerziellen Unternehmen abgrenzen, nicht aber in ihrer Managementkultur. Diese Form der zivilgesellschaftlichen Einbindung weist eine deutliche Schnittmenge zum Mo-

Zivilgesellschaft gilt als eigenständiger gesellschaftlicher Bereich

dell der „protective democracy“ (Held 2006, S. 78) in der Beschreibung von David Held auf, der als eines ihrer Hauptmerkmale herausstellt: „the separation of state from civil society“ (Held 2006, S. 78). Nach der Kategorisierung von Manfred G. Schmidt ist dieses Einbindungsmuster zivilgesellschaftlicher Organisationen der Demokratietheorie der Pluralisten zuzuordnen (Schmidt 2006, S. 226ff). Es weist ferner Anklänge an die elitentheoretische Spielart der Demokratietheorie auf, nicht zu vergessen: Es war das sog. liberale Bürgertum der frühen Moderne, das Zivilgesellschaft als Kontrollinstanz gegenüber Staat und Verwaltung konzeptualisierte (Kocka 2008).

Wo findet sich
dieses Muster der
Einbindung?

Wo findet sich dieses Muster der Einbindung? Klassischerweise und traditionell in den angelsächsischen Ländern, insbesondere in den USA, mit Abstrichen auch in Großbritannien. Die Demokratieförderung durch die großen amerikanischen Stiftungen in den Transformationsländern des ehemaligen Ostblocks war in beachtlichem Umfang von diesem Verständnis einer zivilgesellschaftlichen Funktionszuweisung geprägt (Freise 2004). International tätige NGOs sind hier ebenfalls zu nennen, und zwar vor allem diejenigen, die dezidiert finanzielle Unterstützung durch öffentliche Mittel ablehnen und ganz auf ihre Erfolge am Spendermarkt sowie auf Merchandising setzen. Greenpeace ist zweifellos ein solches Beispiel. Man findet dieses Einbettungsmuster noch auf der Europäischen Ebene, aber mit deutlich abnehmender Tendenz. Klar ist es herauszulesen in den Programmen der traditionell liberalen Parteien, wie etwa der deutschen FDP. Zu den Ideengebern und Vordenkern dieser Richtung zählt sicherlich Ralf Dahrendorf und sein Plädoyer für einen autonomen Bereich der staatlich nicht kontrollierten und reglementierten Organisationen, die eine Gelegenheitsstruktur für die autonome Verwirklichung von Interessen, Werten und Präferenzen bieten (Dahrendorf 1991). Befürworter einer Zivilgesellschaft mit „liberaler Funktionszuweisung“ sind die klassischen Mittelschichten, Freiberufler, mit Abstrichen auch Teile des Hochschulpersonals, aber beide Gruppen mit abnehmender Tendenz. Dafür nimmt eine weitere Unterstützungsgruppe deutlich zu: die neuen Superreichen, wie etwa Georges Soros oder auch Bill Gates und andere, die vor allem das Stiftungswesen als eine spezifische Form zivilgesellschaftlicher Aktivität für sich entdeckt haben. Aus demokratietheoretischer Sicht ist dieser Trend hochinteressant, da Stiftungen per se undemokratisch sind und primär dem Ziel dienen, den Stifterwillen auf Dauer zu stellen.

2.2 Das sozialdemokratische Modell

Die Anfänge des „sozialdemokratischen Musters“ der Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen lassen sich auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückdatieren. Damals waren Träger dieses Modells die sozialdemokratischen Parteien, die Arbeitbewegung und das weite Spektrum der dazu gehörenden Milieu- und Vorfeldorganisationen, wie etwa Bildungs- oder Sportvereine. Bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen handelt es sich nicht – wie im liberalen Modell – um vergleichsweise „elitäre Zirkel“, sondern es sind auf Wachstum und Inklusion angelegte Mitgliederorganisationen. Ein wesentlicher Impetus und eine zentrale Zielsetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen in

auf Wachstum und
Inklusion angelegte
Mitglieder-
organisationen

diesem Modell besteht in der Ermöglichung von Chancengleichheit und daher in der Förderung sozialer Mobilität. Der entscheidende Unterschied zum „liberalen Modell“ besteht jedoch in der anderen Sicht auf Staat und Verwaltung. Während das liberale Modell von einer strikten Trennung der beiden Bereiche ausgeht und die Zivilgesellschaft im Sinne der „Protective Democracy“ als „Watchdog“ konzeptualisiert, liegt dem sozialdemokratischen Modell die Überzeugung zugrunde, dass zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein interdependentes Verhältnis besteht. Es bedarf daher eines starken Staates zur Garantie einer aktiven Zivilgesellschaft. Umgekehrt trägt die Zivilgesellschaft zur Weiterentwicklung und Vertiefung der Demokratie bei. Die Funktionszuschreibung zivilgesellschaftlicher Organisationen besteht daher zum einen in ihrer Rolle als „Sprachrohr“ gesellschaftlicher Anliegen, wie sie in sozialen Bewegungen zum Ausdruck gebracht werden, sowie zum anderen in ihrer Bedeutung als gesellschaftliche Integratoren und Ermöglichungsraum lebensweltlicher Identifikation sowie Gemeinschaftsbildung.

Auf der Output-Seite im Kontext von Politikimplementation in zentralen wohlfahrtsstaatlichen Bereichen haben zivilgesellschaftliche Organisationen in diesem Modell dagegen kaum etwas zu suchen. Die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen ist genuin Sache des Staates und erfolgt steuerfinanziert. Die Nähe zum Modell der „Sozialen Demokratie“, wie sie Manfred G. Schmidt in seinem Buch „Demokratiethorien“ charakterisiert (Schmidt 2006, S. 240ff), ist offensichtlich. Die Bezeichnung „developmental democracy“ (Held 2006, S. 92) von David Held ist vielleicht noch zutreffender: Es ist ein Einbettungsmuster, das auf ein Vorwärtkommen des einzelnen Bürgers bzw. der Bürgerin in der Gesellschaft und in der Community hin angelegt ist. Damit dies gelingt, dazu hat der Staat die Rahmenbedingungen vorzuhalten und auch entsprechende Förderung bereitzustellen.

Wo findet sich dieses Muster der Einbindung: Eindeutig in den skandinavischen Ländern. Hier kommt zivilgesellschaftlichen Organisationen im Rahmen sozialer Dienstleistungserstellung – also im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Politikimplementation – keine bedeutende Rolle zu. Ihre Funktion ist vielmehr die der Lobbyisten für gesellschaftliche Anliegen einerseits sowie die der Integratoren im lebensweltlichen Umfeld andererseits. Nun wurde in der Ära von Margaret Thatcher und Ronald Reagan die Position vertreten: Ein umfänglicher Wohlfahrtsstaat bedeutet das Ende einer aktiven Zivilgesellschaft, da Bürger und Bürgerinnen zu Eigenaktivitäten nicht mehr bereit und willens seien. Die Ergebnisse empirischer Untersuchungen im Kontext der Sozialkapitalforschung, z.B. auf der Datenbasis des European Social Survey (Priller/Zimmer 2005), beweisen aber das Gegenteil: In punkto Engagement, gemessen an der Spendenhöhe, der Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen, der aktiven Mitarbeit sowie der Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung in zivilgesellschaftlichen Organisationen, liegen die Skandinavier weit vorn. Nach Held besteht eine wesentliche Zielsetzung der „sozialen Demokratie“ in der Schaffung einer „committed and developing citizenry“ (Held 2006, S. 92). Dies scheint in den skandinavischen Ländern durchaus realisiert zu werden.

Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren dieses Einbettungsmusters zivilgesellschaftlicher Organisationen ist jedoch eine vergleichsweise ho-

Wo findet sich dieses Muster der Einbindung?

mogene Gesellschaft ohne größere Cleavages und soziale Verwerfungen. Eine Bedingung, die infolge der aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen auf die Probe gestellt wird. Das Gelingen von Integration und respektive die Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft der zivilgesellschaftlichen Organisationen für alle Mitglieder der Gesellschaft wird damit zu einer zentralen Komponente für den weiteren Erfolg des Modells. Das Ausmaß von „civicness“ im Sinne des zivilen Umgangs miteinander ist daher eine weitere wesentliche Grundvoraussetzung für die Umsetzung des Leitbildes dieses Modells einer sich kontinuierlich weiterentwickelnden und auf Inklusion aller Bevölkerungsgruppen angelegten Zivilgesellschaft. Wer sind die Förderer und Unterstützer dieses Modells? Zweifellos die große Gruppe der abhängig Beschäftigten der modernen, z. T. weitgehend mit dem Staat verbundenen sozialen Dienstleistungsberufe einschließlich des öffentlichen Bildungssystems. Den „Kathedersozialisten“ kam im 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle zu. Auch heute finden sich Befürworter dieses Modells wieder an Universitäten, Forschungszentren und unter den Vordenkern der sozialdemokratischen Parteien. Als prominente Vertreter und Ideengeber sind hier insbesondere Anthony Giddens aber auch Jürgen Kocka zu nennen.

2.3 Das subsidiäre Modell

Bei dem dritten dem „subsidiären Modell“ der Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen handelt es sich um ein bisher noch wenig in den Blick genommenes Muster, das wesentlich durch die katholische Soziallehre beeinflusst ist. Zivilgesellschaft wird in diesem Modell als vorrangig lokal verortete Solidargemeinschaft konzeptualisiert. Im Gegensatz zum sozialdemokratischen Modell wird sozialer Mobilität und individuellem Vorankommen eine deutlich geringere Bedeutung eingeräumt. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind nicht dazu da, Rechte und Ansprüche geltend zu machen, sondern sie dienen eher der reziproken Gemeinschaftsversicherung und Wertevermittlung. Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft ist ambivalent und weniger klar determiniert als in den beiden anderen Modellen. Einerseits wird die Nicht-Einmischung des Staates in die Zivilgesellschaft propagiert, aber andererseits soll der Staat auf jeden Fall eingreifen und zur Seite stehen, sobald „die kleinere Einheit“ – sei es eine zivilgesellschaftliche Organisation oder der einzelne Bürger bzw. Bürgerin – nicht zurechtkommt. Der in deutschen politischen Diskussionen oft leitmotivartig zitierte Satz – „Der Staat darf nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden!“ – ist typisch für dieses Einbettungsmuster von Zivilgesellschaft. Dementsprechend kommt zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der Output-Seite im Rahmen sozialer Leistungserstellung in diesem Modell eine wichtige Bedeutung zu. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind nahtlos eingebunden in den wohlfahrtsstaatlichen Verwaltungsvollzug. Eng verbunden und verflochten mit staatlich-öffentlichen Instanzen sind sie von öffentlichen Einrichtungen daher häufig auch kaum zu unterscheiden.

Das „subsidiäre Einbettungsmuster“ ist vergleichsweise „staatsnah“ orientiert. Insofern ist die Voice-Funktion der Zivilgesellschaft weniger akzentuiert. Ebenfalls weniger ausgeprägt ist in diesem Modell die Bereitschaft zu Spendenleis-

Zivilgesellschaft als
vorrangig lokal
verortete
Solidargemeinschaft

tungen. Bürgerschaftliches Engagement als ehrenamtliche Arbeit und freiwillige Mitarbeit sind dagegen vergleichsweise hoch im Kurs, aber häufig an familiäre, kirchliche oder auch staatliche Einrichtungen und Institutionen gebunden. Daher kommt der Integrationsfunktion der Organisationen – und hier insbesondere auf der lokalen Ebene – eine ganz wichtige Bedeutung zu. Zivilgesellschaft ist hier „soziale Heimat“ und wird eng verbunden mit dem Konzept von Wertegemeinschaft. Schließlich sind im „subsidiären Modell“ zivilgesellschaftliche Organisationen in hohem Maße korporatistisch eingebunden. Dies trifft nicht nur für sozialpolitisch relevante Arbeitsbereiche zu, sondern geht darüber weit hinaus.

Wo findet man dieses Modell? Vor allem in Ländern mit einem beachtlichen Anteil von Katholiken an der Gesamtbevölkerung (Caciagli 2003, S. 175ff.). Es handelt sich um ein typisches Einbettungsmuster zivilgesellschaftlicher Organisationen in den katholisch geprägten Ländern Mittel- und Südeuropas. Aber auch auf der Europäischen Ebene lassen sich Indizien für eine Annäherung an dieses Modell finden. Als ein Beispiel sind die Bemühungen des Wirtschafts- und Sozialausschusses anzuführen, sich als „Haus der Europäischen Zivilgesellschaft“ zu etablieren (Jansen 2005). Auch die Gründung zivilgesellschaftlicher Dachorganisationen in Brüssel, die sog. Eurofeds, die überwiegend von der EU finanziert werden, deuten in diese Richtung. Man findet Hinweise auf dieses Modell u.a. in den Programmen der christdemokratischen Parteien. So weist das aktuelle Grundsatzprogramm der CDU aus: „Solidarität erfordert Subsidiarität. Subsidiarität erfordert eigenverantwortliches Handeln. Der Staat soll dem Bürger dieses Handeln ermöglichen und erleichtern“ (Grundsatzprogramm 2007, S. 9). Schließlich weist im Hinblick auf seine Einordnung in den Kanon der demokratietheoretischen Zugänge das „subsidiäre Modell“ eine gewisse Nähe zur Konsensdemokratie auf, die sich – zumindest in Zentraleuropa – eben auch durch die neo-korporatistische Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen auszeichnet (Schmidt 2006, S. 327ff). Während zu diesem Aspekt der Einbindung umfangreiche Forschungsergebnisse vorliegen, sind der Ideenhorizont des „subsidiären Modells“ und insbesondere sein im katholischen Milieu verankertes berufsständisches Gedankengut bisher kaum untersucht worden. Hierbei wird der Einzelne als Teil eines organischen Gemeinwesens gesehen, in dem die berufsständische Vertretung als notwendige Ergänzung zum Prinzip der individuellen Repräsentation betrachtet wird. Es ist eine harmonische Konzeption von Staat und Gesellschaft, die eher auf Status-quo Erhalt als auf Veränderung hin angelegt ist. Zivilgesellschaftliche Organisationen dienen hierbei auch zur Befriedung gesellschaftlicher Konflikte mittels Institutionalisierung etwa entlang unterschiedlicher religiöser Cleavages. Infragegestellt wird dieses Modell aktuell durch die zunehmende Erosion der sog. klassischen sozialen Milieus sowie durch die migrationsbedingte fortschreitende gesellschaftliche Heterogenisierung.

Wo findet man dieses Modell?

3. Perspektiven: Welches Modell ist zukunftsfähig?

das „liberale
Modell“

Das „liberale Modell“ weist die geringsten Adaptionsprobleme auf. Das A und O dieses Modells sind ein geringes Ausmaß an Staatlichkeit sowie ein hoher Stellenwert von Selbstorganisation und zivilgesellschaftlicher Entrepreneurship. Kombiniert mit den Dimensionen „Zivilität von Konfliktlösung“ sowie einer positiv in die Zukunft gerichteten Zielsetzung weist dieses Modell eine beachtliche Attraktivität und ein erhebliches Identifikationspotential für westliche Gesellschaften auf. Angedacht wird das politische Programm einer globalen Zivilgesellschaft, deren Organisationen – die international tätigen NGOs – Demokratie unter den Bedingungen von „good global governance“ auch in Zeiten jenseits der Nationalstaatlichkeit eine reelle Chance geben (Keck/Sikking 1998). Doch das Modell hat auch Schattenseiten. An erster Stelle ist hier die Selektivität der Interessenvertretung zu nennen. Wen vertreten die international tätigen NGOs eigentlich? Es zeichnet sich ferner durch einen beachtlichen Elitenbias aus: Hier kann nur mitmachen, der über kulturelles Kapital in Form von Sprachkompetenz und Formen des professionellen Umgangs verfügt. Schließlich ist in diesem Modell der Faktor Macht in politischen wie auch gesellschaftlichen Beziehungen nicht hinreichend konzeptualisiert. Kurzum: Ein attraktives Modell, das von der Integrität und Professionalität der NGOs als „zivilgesellschaftliche Moralunternehmen“ lebt, aber leicht Gefahr läuft, die Bodenhaftung zu verlieren. Den Medien kommt in diesem Modell als Transmissionsriemen zwischen der Realität der professionell geführten NGOs und ihren Unterstützern und Sympathisanten vor Ort eine zentrale Bedeutung zu. Hier liegt derzeit auch das größte Problem dieses Modells: Die einmal gerufenen Geister – die Medien – werden die NGOs nicht mehr los. Medienvermittelt laufen sie Gefahr, Teil der Inszenierung von Politik zu werden. Dem liberalen Modell droht in Zeiten von Globalisierung der Verlust seiner partizipatorischen Bodenhaftung, da Unterstützung und Legitimation der NGOs nahezu ausschließlich über öffentliche Inszenierungen erfolgt.

das „sozialdemo-
kratische Modell“

Das „sozialdemokratische Modell“ müsste an sich von gleich zwei Seiten unter Druck stehen: einerseits infolge der Erosion seines klassischen Unterstützungsmilieus sowie andererseits aufgrund des Bedeutungsverlustes des nationalstaatlichen Rahmens. Interessanterweise erwies sich das Modell zumindest in den 1990er Jahren in hohem Maße als adaptionsfähig. Anzuführen sind hier das „Fallbeispiel“ New Labour in Großbritannien sowie die nach wie vor ungebrochene Unterstützung der sozialen Demokratie in den skandinavischen Ländern. Das „sozialdemokratische Modell“ ist weniger geeignet für globale Kontexte. Allerdings erfolgt – zumindest implizit – eine schrittweise Annäherung an diese Einbindungsstruktur zivilgesellschaftlicher Organisationen auf der Ebene der Europäischen Union. Vor allem im Weißbuch Europäisches Regieren (Kommission 2001) wurde die Voice-Funktion der Organisationen herausgestellt. Der Grund, warum trotz widriger Umstände das sozialdemokratische Modell dennoch nicht grundsätzlich an Attraktivität eingebüßt hat, ist in engem Zusammenhang zu seinem zentralen Anliegen zu sehen: die Ermöglichung sozialer Mobilität. Allerdings ist das Modell nur dann „überlebensfähig“, wenn der „Politik“ ein Vorrecht gegenüber dem „Markt“ eingeräumt wird (Esping-Andersen

1985). Der Neo-Liberalismus in seinen verschiedenen Spielarten stellte bis in die jüngste Zeit daher die größte Herausforderung dieses Modells dar. Was die Zukunft nach der Finanzkrise bringen wird, bleibt abzuwarten. Trotz vieler kritischer Stimmen findet das „sozialdemokratische Modell“ unter dem Leitmotiv des gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels im Sinne eines programmatischen Aufrufs zu „Change“ aktuell eine Neuakzentuierung.

Das „subsidiäre Modell“ ist an sich das fragilste und am wenigsten zeitgemäße Einbettungsmuster zivilgesellschaftlicher Organisationen, und zwar weil es kaum international orientiert und stark mit „Kirchtumpolitik“ behaftet ist. Die bisher erfolgte zunehmende Säkularisierung der westlichen Gesellschaften hätte dem Modell eigentlich den Boden entziehen müssen. Allerdings ist das Gegenteil der Fall. Der Grund hierfür ist interessanterweise ebenfalls die Globalisierung, und zwar in ihrer kulturellen Ausprägung, die vor Ort begleitet wird durch die Individualisierung, ja Vereinzelung der Gesellschaftsmitglieder. So ergibt sich der paradoxe Befund, dass die modernen westlichen Gesellschaften gerade infolge von Globalisierung und Individualisierung aktuell eine Renaissance lokaler Gemeinschaften sowie einen zunehmenden Auftrieb einer grundsätzlichen „Wertedebatte“ erfahren. Dies – Werte und Gemeinschaft – sind aber „Kern-elemente“ des „subsidiären Modells“.

das „subsidiäre Modell“

Doch abgesehen von der Zukunftsfähigkeit der Modelle ist die Beschäftigung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen im Kontext von Demokratieforschung in doppelter Hinsicht interessant. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind nicht nur auf der Input-Seite des politischen Systems als Interessenvertreter und Lobbyisten aktiv, sondern auch in beträchtlichem Umfang als Produzenten von Leistungen auf der Output Seite tätig. Sie sind Aktivisten und Lobbyisten sowie gleichzeitig an Effizienzkriterien orientierte (Moral-)Unternehmen. Zivilgesellschaftliche Organisationen als Orte bürgerschaftlichen Engagements vereinen somit unter ihrem Dach eines der Grundprobleme der Demokratieforschung, nämlich den Gegensatz von Partizipation und Effizienz. Mit dem Fokus auf zivilgesellschaftliche Akteure verschränken sich daher die steuerungsorientierte und die partizipative Perspektive der Demokratieforschung. Gleichzeitig werden sie damit selbst zum Gegenstand der Demokratieforschung.

Anmerkung

- 1 Johns Hopkins Comparative Noprofit Sector Project (Salamon et al 1999), Future of Civil Society Organisations in Central Europe (Zimmer/Priller 2004), European Voluntary Associations in the Modern and Contemporary Period (Alapuro/Stenius im Erscheinen), Third Sector European Policy (Kendall 2009), Civil Society, Citizenship and New Forms of Governance in Europe – The Making of European Citizenship (Cinefogo).

Literatur

- Alapuro, Risto/Stenius, Henrik (Hrsg.) (im Erscheinen): Comparative Perspectives to Associational Participation in the Nordic Countries, Baden-Baden.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney (1963): The Civic Culture. Political Attitudes in Five Nations, Princeton.

- Barber, Benjamin (1984): *Strong Democracy*, Berkeley.
- Cacliagli, Mario (2003): *Christian Democracy*, in: Terence Ball/Richard Bellamy (Hrsg.), *The Cambridge History of Twenty-Century Political Thought*, Cambridge, S.165-180.
- Cohen, Jean. L./Arato, Andrew (1997): *Civil Society and Political Theory*, Cambridge.
- Dahl, Robert (1973): *Polyarchy, Participation and Opposition*. New Haven.
- Dahrendorf, Ralf (1991): *Die gefährdete Civil Society*, in: Krzysztof Michalski (Hrsg.), *Europa und die Civil Society. Castelgandolfo-Gespräche 1989*, Stuttgart, S. 247-263.
- Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages (2002): *Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*, Opladen.
- Esping-Andersen, Gosta (1985): *Politics Against Markets*, Princeton.
- Esping-Andersen, Gosta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.
- Freise, Matthias (2004): *Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Gesellschaften*, Münster.
- Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (2006): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: 1999-2004*, Wiesbaden.
- Granovetter, Mark (1985): *Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness*, in: *American Journal of Sociology* 91/3, S. 481-510.
- Grundsatzprogramm der CDU (2007): *Freiheit und Sicherheit: Grundsätze für Deutschland*, beschlossen auf dem 21. Parteitag, Hannover.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung*, Frankfurt/Main.
- Held, David (2006): *Models of Democracy*, Stanford.
- Jansen, Thomas (2005): *Zur Europäisierung der „organisierten“ Zivilgesellschaft: ein Bericht aus der Praxis*, in: Michèle Knodt/ Barbara Finke (Hrsg.), *Europäische Zivilgesellschaft: Akteure, Konzepte, Strategien*, Wiesbaden, S. 153-169.
- Keck, Margaret E./Sikking, Kathryn (1998): *Activists beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca.
- Kendall, Jeremy (Hrsg.) (2009): *Handbook on Third Sector Policy in Europe: Multi-Level Processes and Organised Civil Society*, Aldershot.
- Klein, Ansgar (2001): *Der Diskurs der Zivilgesellschaft*, Opladen.
- Kocka, Jürgen (2002): *Das Bürgertum als Träger von Zivilgesellschaft – Traditionslinien, Entwicklungen, Perspektiven*, in: Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft*, Opladen, S. 15-22.
- Kocka, Jürgen (2003): *Zivilgesellschaft in historischer Perspektive*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16/2, S. 29-37.
- Kocka, Jürgen (2008): *Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel*, in: *Apuz* 9-10/08, S. 3-9.
- Kohler-Koch, Beate/Rittberger, Bertold (Eds.) (2007): *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*, Lanham/Boulder.
- Kommission (2001): *Europäisches Regieren. Ein Weißbuch*, Brüssel.
- Leibfried, Stephan/Zürn, Michael (2005): *Transformations of the State*, Cambridge.
- Maloney, William A./Van Deth, Jan W. (Hrsg.) (2008): *Civil Society and Governance in Europe*, Cheltenham.
- Powell, Walter W./Steinberg, Richard (Hrsg.), 2006: *The Non-Profit Sector. A Research Handbook*, New Haven.
- Priller, Eckhard/Zimmer, Annette (2005): *Ein europäischer Vergleich von Dritte-Sektor-Organisationen*, in: *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit*, Vol. 36, No 4, S. 128-144.
- Putnam, Robert (2000): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York.
- Rucht, Dieter (2001) (Hrsg.): *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt/Main.
- Salamon, Lester M. et al (Hrsg..) (1999): *Global Civil Society. Dimensions of the Nonprofit Sector*, Baltimore.
- Schmidt, Manfred G. (2006): *Demokratietheorien*, Wiesbaden.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (Hrsg.) (2004): *Future of Civil Society*, Wiesbaden.